

Trivium – ein deutsch-weißrussisches Austauschprojekt

Johanna Kant (Berlin) und Wolfgang Stuppert (Berlin)

Eine weißrussische Universität kurz vor ihrer Schließung, eine Gruppe deutscher Studierender ohne finanzielle Mittel, eine verwegene Idee: Der Anfang des studentischen Austauschprojektes „Trivium“.

Mittlerweile ist der Austausch – begonnen als Initiative zur Stärkung der internationalen Vernetzung der Europäischen Humanistischen Universität in Minsk – abgeschlossen, die Gebäude dieser privaten weißrussischen Hochschule sind es auch. Warum das Projekt trotzdem ein Erfolg war, zeigt dieser Bericht.

Wie es wurde, was es ist: Eine Initiative auf dem Weg

Im Frühsommer 2004 war die Europäische Humanistische Universität (EHU) in Minsk (Belarus) von der Schließung bedroht. Warum? Dem autoritärem Regime des belarussischen Präsidenten Lukaschenko war die einzige nichtstaatliche Hochschule des Landes ein Dorn im Auge. Die Universität, an der rund 1 000 Studierende hauptsächlich in Geistes- und Gesellschaftswissenschaften unterrichtet wurden, integrierte seit ihrer Gründung im Jahr 1992 westlich orientierte Lehrmethoden und ausländische GastprofessorInnen. Somit herrschte stets ein reger Austausch mit dem westlichen Ausland. Werte und Methoden, wie offene Diskussion oder selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten, welche im noch sowjetisch geprägten belarussischen Bildungssystem nicht im Vordergrund standen, wurden den EHU-Studierenden verstärkt vermittelt.

Neuen staatlichen Erlassen zur Lehre an den belarussischen Hochschulen aus dem Jahr 2004 wollte sich die EHU nicht anpassen. Dies führte dazu, dass die Lizenz für die Nutzung der Lehrgebäude, die sich im Staatsbesitz befinden, nicht mehr verlängert wurde. So wurde es möglich, die Schließung der Universität formal zu begründen, da die äußeren Bedingungen zur Vermittlung der Lehre nun nicht mehr gewährleistet waren.

Nach einer Phase der Improvisation, in der einige Studierende ihr Studium aufgeben mussten und andere die Möglichkeit bekamen, es im Ausland fortzusetzen, wurde im Juni dieses Jahres die Neueröffnung der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius mit Unterstützung durch EU-Gelder beschlossen. Im September sollen voraussichtlich zunächst 160 neu immatrikulierte junge Belarussen und Belarussinnen ihr Studium dort aufnehmen.

Noch bevor die Schließung der EHU im Juli 2004 amtlich wurde, trug Professor Klaus Segbers die Idee für einen studentischen Austausch mit der EHU an interessierte Studierende der FU Berlin heran: Das Projekt eines Austausches zur Unterstützung der Studierenden der EHU, die sich zu dieser Zeit in einem sehr verunsicherten Zustand befanden, da niemand mit Sicherheit sagen konnte, wie sich die Studienmöglichkeiten in naher Zukunft entwickeln würden.

Als endgültig klar wurde, dass der reguläre Lehrbetrieb nach den Sommerferien im September 2004 an der EHU nicht wieder aufgenommen werden konnte, hatte ein Kreis interessierter Studierender an der FU bereits Ideen für das Projekt entworfen und erste Kontakte zu KommilitonInnen in Belarus geknüpft, welche zu dieser Zeit TeilnehmerInnen eines Masterprogramms für Internationale Beziehungen an der Europäischen Humanistischen Universität waren. Die Frage, ob das Projekt trotz der vorläufigen Auflösung der EHU in die Tat umgesetzt werden sollte, wurde unter den Studierenden schnell geklärt. Wir waren uns einig, dass es dennoch oder gerade jetzt sinnvoll war, einen intensiven Kontakt zu einer Gruppe von ehemaligen EHU-Studierenden aufzubauen, auch wenn diese ihr Studium teilweise aufgeben oder im Ausland fortsetzen mussten.

Ziel unseres Austausches war die Auseinandersetzung mit den Perspektiven der Zivilgesellschaft in Belarus und Deutschland. Ein weiterer uns wichtiger Aspekt war, durch das Leben in Gastfamilien und ein abendliches Kulturprogramm für kurze Zeit in den Alltag des jeweils anderen Landes einzutauchen und dessen Kultur zu erleben. Zur Verwirklichung dieser Ideen wurde zunächst ein zehntägiger Besuch der deutschen Studierenden in Minsk für April 2005 geplant. Der Gegenbesuch der KollegInnen aus Belarus in Berlin erfolgte im Juli. Durch Besuche bei unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen (NGO) versuchten wir Einblicke in verschiedene Teile der Zivilgesellschaft zu gewinnen und anschließend einen Vergleich zu ziehen. Wir wollten die unterschiedlichen Bedingungen und Ausprägungen die Zivilgesellschaft beider Länder kennen lernen.

Auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für unser Vorhaben bot sich uns die Möglichkeit das Projekt, welches inzwischen den Namen „Trivium“ (Wegkreuzung) trug, im Rahmen des Vereins MitOst durchzuführen; das Vorhaben wurde im Wesentlichen aus Mitteln des Vereins gefördert. Weitere Förderer waren das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und der Asta der FU Berlin. Unterstützt wurde das Projekt außerdem durch die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und den Deutsch-Russischen Austausch sowie von weißrussischer Seite durch die Minsker Open Society Foundation, das Institut für Deutschlandstudien in Minsk und die Deutschen Botschaften in Minsk und Vilnius.

Erwartungen, Diskussionen, Auseinandersetzungen

Unser Vorhaben versprach spannend zu werden. Wir konnten unser Projekt unabhängig gestalten. Sein Inhalt, seine Qualität und Entwicklung hingen ganz von der Aktivität und Motivation der TeilnehmerInnen ab. Dieser Umstand gab dem Ganzen eine lebendige

Dynamik. Es mussten auch immer wieder Kommunikations-, aber vor allem Koordinations- und Organisationsschwierigkeiten überwunden werden. Klappte etwas nicht ganz so wie geplant, waren Geduld und Spontaneität gefragt. Als beispielsweise Probleme mit der Registrierungsbehörde in Minsk auftauchten, bekamen die deutschen TeilnehmerInnen bereits kalte Füße, die BelarussInnen blieben dagegen „cool“ und sorgten dafür, dass wir über für uns undurchsichtige Umwege doch noch alle rechtzeitig den begehrten Stempel in unseren Pass bekamen. Eine positive Überraschung war unser Belarus-Abend in Berlin, den wir zu einer öffentlichen Veranstaltung ausgebaut hatten. Anstelle der erwarteten 60 Personen erschienen mehr als 100 Gäste und das Buffet reichte kaum.

Die Vorkenntnisse der Teilnehmenden über das jeweilige Besuchsland waren unterschiedlich. Während einige sich bereits tiefer gehend mit den Strukturen im anderen Land auseinandergesetzt hatten oder auf frühere Besuche zurückgreifen konnten, stellte das Projekt für andere eine ganz neue Erfahrung dar. Vielen bot sich eine Chance, den „weißen Fleck auf der Landkarte im Kopf“ mit Farbe und Inhalt zu füllen. Auf beiden Seiten war auch die Motivation, die Zivilgesellschaft in beiden Ländern kennen zu lernen, sehr hoch. Viele hatten den Anspruch, aus den Erfahrungen konkret etwas zu gewinnen und davon im Studium oder im eigenen zivilgesellschaftlichen Engagement Gebrauch zu machen.

Während der zwei Projektphasen machten wir viele Beobachtungen, die sich uns besonders einprägten. Viele der deutschen TeilnehmerInnen zeigten sich beeindruckt von der Gastfreundschaft und der Improvisationskunst der BelarussInnen, während die weißrussischen TeilnehmerInnen „echte deutsche Tugenden“, wie die gute Organisation, lobten. Insgesamt zeigten sich die MinskerInnen überrascht über das große Interesse an ihnen und ihrem Land – sowohl von den deutschen Studierenden als auch von offizieller Seite, wie bei unserem Besuch im deutschen Außenministerium. Unter den deutschen TeilnehmerInnen herrschte vor allem während der ersten Zeit in Minsk Erstaunen und teilweise Irritation darüber, wie gelassen auf der belarussischen Seite das Leben in einem autoritären Staat hingenommen wurde. Für manche deutsche TeilnehmerInnen erschien es geradezu unverständlich, dass nicht alle belarussischen ProjektteilnehmerInnen bereits in den Startlöchern zur Revolution gegen den Präsidenten saßen, wo sie doch gerade mit der Schließung ihrer Universität eine seiner restriktiven politischen Maßnahmen hautnah zu spüren bekommen hatten. Auch wenn die weißrussischen Studierenden, wie zu erwarten, dem politischen Geschehen im eigenen Land keineswegs gleichgültig gegenüberstanden, zeigten sie uns doch schnell, dass sie die von deutscher Seite immer wieder angefachten „Revolutionsdiskussionen“ für übertrieben hielten. Sie versuchten uns zu vermitteln, dass sie in Minsk, trotz aller Umstände, ein ganz normales Leben führen und sie sich nicht ständig vom Staat bedroht fühlen; dass sie kritisch seien, jedoch nicht bereit, in ihrem Alltag alles stehen und liegen zu lassen, um auf der Stelle eine Revolution zu entfachen.

Waren unsere Diskussionen in Minsk noch oft

von gegenseitiger Zurückhaltung geprägt, wurden sie während der zweiten Phase in Berlin zunehmend intensiver – bis hin zu kontroversen Auseinandersetzungen zwischen BelarussInnen und Deutschen und innerhalb der weißrussischen Gruppe, was in diesem Ausmaß vorher niemand erwartet hatte. Wenn sich unsere Themen zum Beispiel um Sicherheit, Integration, Homosexualität oder die Aidsproblematik drehten, gingen die Meinungen stark auseinander und es zeigte sich, dass einige der weißrussischen Studierenden den Methoden, mit denen ein autoritärer Staat diese Probleme handhabt, positiv gegenüberstehen. Jedoch waren die Meinungen hierzu gerade innerhalb der belarussischen Gruppe sehr gespalten und es kam zu starken Auseinandersetzungen.

Wir mussten lernen, uns gegenseitig zuzuhören und unterschiedliche Auffassungen zu akzeptieren – auch bei grundlegenden Dingen, wie dem Demokratieverständnis. Das war keineswegs einfach, vermittelte aber einen großen Zugewinn an Erfahrung im interkulturellen Umgang. Am Ende äußerten alle Teilnehmer, eine Menge aus dem Projekt mitgenommen zu haben. Das betraf nicht nur die Erfahrungen innerhalb unserer Gruppe, sondern auch die gesammelten Informationen über die Zivilgesellschaften in Belarus und Deutschland, mit denen wir uns aktiv und kontrovers auseinandergesetzt hatten.

„Zivilgesellschaft“ – ein Wort, zwei Bedeutungen

Der deutsche und der weißrussische Staat repräsentieren zwei Regierungssysteme, wie sie unterschiedlicher kaum sein könnten: Hier eine föderale, international eingebundene Demokratie, dort ein zentralistisches, weitgehend isoliertes autoritäres Regime. Dass die Rolle der Zivilgesellschaft unter so konträren Bedingungen sich ebenfalls stark unterscheiden würde, war uns bereits während der Vorbereitung zu unserer ersten Austauschphase klar. Doch wie diese Unterschiede begreifen lernen? Wie sollten wir in jeweils einer Woche ein aussagekräftiges Bild von der aktuellen Situation der Zivilgesellschaft in den beiden Ländern gewinnen?

Unserem Austauschkonzept lag eine Definition der Zivilgesellschaft zugrunde, die besonders ihren institutionalisierten Teil hervorhebt. Zivilgesellschaft ist für uns demnach ein öffentlicher Raum, der zwischen der staatlichen und privaten Sphäre angesiedelt ist und von einer Vielzahl autonomer und vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird, die es den Akteuren innerhalb dieses öffentlichen Raums ermöglichen, ihre individuellen und kollektiven Interessen zu verfolgen. Konzentriert haben wir uns bei unserem Austausch auf Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrem Angebot eine Alternative zu früheren oder aktuellen staatlichen Aufgabenbereichen schaffen.

Dieses immer noch weite Feld zivilgesellschaftlicher Organisationen haben wir für unser Austauschprogramm in Teilbereiche strukturiert. Einem Teilbereich sollte je ein Tag gewidmet werden. Morgens begannen wir mit einem einführenden Referat, besuch-

ten über den Tag verteilt mindestens zwei Nichtregierungsorganisationen und diskutierten am Abend, wenn möglich zusammen mit einem Experten aus dem jeweiligen Gebiet, unsere Eindrücke und neu gewonnenen Informationen.

Um unsere Ergebnisse besser vergleichen zu können, wäre es sicherlich hilfreich gewesen, die gleichen Teilbereiche sowohl in Minsk als auch in Berlin zu bearbeiten. Wir entschieden uns jedoch dagegen, um die strukturellen Besonderheiten der Zivilgesellschaft in Belarus und in Deutschland besser abbilden zu können. In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit hätten wir sonst wichtige nationale Schwerpunkte nicht berücksichtigen können. Unsere Tagesthemen in Minsk waren „Menschenrechte“, „Frauenrechte und Rechte sozialer Minderheiten“, „Bildungseinrichtungen und Jugendorganisationen“, „Freie Presse“ und „Umwelt und Tschernobyl“. In Berlin beschäftigten wir uns mit den Themen „Migration, Integration“, „Neue Wege des Ehrenamts“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Osteuropa“. Ein Programmtag war zudem für einen theoretischen und empirischen Überblick über die Gesamtsituation der Zivilgesellschaft im jeweiligen Land reserviert.

In Minsk besuchten wir hierzu die NGO „Forum Syd“, eine Organisation, die im Auftrag der schwedischen Regierung Partnerschaften zwischen weißrussischen und schwedischen Initiativen vermittelt. Von Vertretern der „Vereinigung prodemokratischer Nichtregierungsorganisationen“ bekamen wir Zahlen und Daten über die Struktur der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Belarus. Mit dem stellvertretenden Leiter der OSZE-Mission, Dr. Vahram Abadjian, diskutierten wir über die Perspektiven der internationalen Unterstützung weißrussischer NGO. Die Politologen Juuri Ševcov und Viktor Černov gingen in ihren Vorträgen auf die Machtbasis des Regimes ein und beurteilten aus dieser Perspektive die Möglichkeiten oppositioneller zivilgesellschaftlicher Kräfte.

In Berlin gab uns Dr. Rainer Sprengel vom Maecenata-Institut einen Überblick über die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Deutschland. Der Leiter der „Akademie für Ehrenamtlichkeit“, Thomas Kegel, ergänzte diese Informationen durch Einblicke in den persönlichen Hintergrund und das Arbeitsumfeld der Aktiven. Diese Akademie ist eine Weiterbildungseinrichtung für ehrenamtlich Tätige in Trägerschaft des Fördervereins für Jugend- und Sozialarbeit e.V., die unter anderem Kurse im Bereich Vereins- und Freiwilligenmanagement, fundraising und Öffentlichkeitsarbeit anbietet.

Bei den übrigen Besuchen von NGO in Berlin und Minsk interessierten uns neben dem jeweiligen Arbeitsschwerpunkt der Organisationen besonders ihr finanzieller und organisatorischer Hintergrund. In diesem Bereich konnten wir einige national geprägte Besonderheiten feststellen. Ein entscheidender Unterschied sind die Quellen der finanziellen Mittel der NGO. In Deutschland ist die finanzielle Unterstützung durch den Staat für NGO meist die wichtigste Ressource. Dr. Sprengel vom Maecenata-Institut berichtete, dass rund zwei Drittel der Finanzmittel deutscher NGO von staatlichen Stellen und Programmen stammten. An ihre Stel-

le treten in Belarus zumeist Gelder von ausländischen Stiftungen und internationalen Partner-NGO sowie aus staatlichen Programmen anderer Länder. Durch die weißrussische Steuergesetzgebung, nach der Nichtregierungsorganisationen auf ausländische Einkünfte eine Steuer von 40 percent zahlen müssen, werden viele Organisationen und ihre ausländischen Partner dazu gezwungen, inoffizielle Wege der Kooperation und Unterstützung zu finden. Die steigende Zahl illegaler NGO in Weißrussland hat auch hierin ihre Ursache.

Mit den unterschiedlichen Finanzquellen hängt auch die thematische Ausrichtung und die Organisationsstruktur der weißrussischen NGO zusammen, die sich in vielen Fällen sehr von deutschen zivilgesellschaftlichen Gruppen unterscheiden. So bedingt die Abhängigkeit vieler belarussischer NGO von Geldgebern aus dem Ausland einen starken ausländischen Einfluss auf ihre Schwerpunktsetzungen und Agenda. Tatjana Poševalova vom „Forum Syd“ schilderte uns hierzu ein Beispiel, auf das sie in ihrer Arbeit häufig gestoßen sei: „Die Pflege des nationalen Kulturguts ist für einen großen Teil der weißrussischen Bevölkerung ein bedeutendes Anliegen. Aus diesem Bedürfnis heraus haben sich einige NGO in Belarus gegründet. Dieses kulturelle Engagement wird von ausländischen Geldgebern aber kaum unterstützt. Die NGO nehmen daher Themen wie Genderfragen nur deshalb in ihre Arbeit auf, um finanziell überleben zu können.“ Neben „natürlich gewachsenen“ NGO, die auf diese Weise versuchten sich an internationale Vorgaben anzupassen, gäbe es zudem eine große Menge von „künstlich geschaffenen“ Organisationen. Diese NGO würden bereits mit der Absicht gegründet, den ausländischen Vorstellungen und Prioritäten zu genügen. Im Gegensatz zu „natürlich gewachsenen“ NGO seien sie oft finanziell besser ausgestattet, jedoch weniger nachhaltig, da es ihnen an der Verwurzelung in der weißrussischen Gesellschaft fehle. Dieser Zwang zur Flexibilität in der thematischen Ausrichtung der Arbeit führt daher auch zu einer geringen Zahl ehrenamtlicher Kräfte in den zivilgesellschaftlichen Organisationen. In „künstlich geschaffenen“ NGO wird die Arbeit fast ausschließlich von Hauptamtlichen getragen.

Ein weiterer Grund für dieses numerische Misverhältnis von Ehren- zu Hauptamtlichen ist sicherlich auch der generelle Umgang des weißrussischen Staates mit zivilgesellschaftlichen Kräften. Sich für zivilgesellschaftliche Anliegen stark zu machen – mithin also auf individuelle und kollektive Probleme aufmerksam zu machen, die der Staat nicht wahrnimmt oder wahrnehmen will – ist in Belarus ein Risiko. Der Staat schafft mit vielerlei Mitteln eine Atmosphäre der Einschüchterung und Unsicherheit unter den zivilgesellschaftlich Aktiven und den Menschen in ihrem Umfeld. Ein Beispiel hierfür erfahren wir von der Nichtregierungsorganisation „Post“, die in einem Stadtteil von Minsk ein Nachbarschaftszentrum betreibt. Sie bietet dort auch Schulungen in gewaltfreier Konfliktlösung und demokratischen Unterrichtsmethoden für staatliche Lehrkräfte an. Mitarbeiter berichteten uns, dass es seit der Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrer immer schwieriger werde, ihre Klientel zu erreichen. Die angesprochenen Lehrer hätten Angst, ihren Job zu verlieren.

Betroffen sind auch die hauptamtlichen Mitarbeiter von NGO, selbst dann, wenn sie international vernetzt sind. Ein Reporter des „Radio Svaboda“ – einer unabhängigen Radiostation, die ihr Programm in weißrussischer Sprache sendet – schilderte uns ein Erlebnis, das zeigt, wie engmaschig die Überwachung der zivilgesellschaftlichen Kräfte durch den belarussischen Staat ist: „Als ich nach einem Treffen mit weißrussischen Oppositionsgruppen in der Ukraine wieder nach Belarus einreisen wollte, wurde ich beim Grenzübertritt zu einem ranghohen Polizisten geschickt, der mich aufs gründlichste untersuchte und befragte. Sie scheinen gewusst zu haben, wo ich war und zu welchem Zweck.“ Er ist sich zudem sicher, dass die Telefonapparate im Büro des Senders abgehört werden. „Über wichtige Dinge reden wir nicht am Telefon.“ Die ständige Überwachung der NGO durch den weißrussischen Staat veranlasste den Leiter einer prominenten belarussischen Menschenrechtsorganisation zu der Bemerkung, dass es „fast besser ist, in der Illegalität zu arbeiten, weil so wenigstens die ständigen Kontrollen aufhören“. Seine Organisation wurde vor einiger Zeit verboten, ihr Büro aufgelöst und ihre Computer und Akten vom Justizministerium beschlagnahmt. Jetzt arbeitet diese NGO von einer Privatwohnung aus weiter.

Generell lässt sich somit als ein bedeutender Unterschied zwischen der Situation deutscher und weißrussischer Nichtregierungsorganisationen festhalten, dass die zivilgesellschaftliche Arbeit in Belarus vor allem in Opposition zum Staat geschieht, während in Deutschland die Kooperation zwischen Staat und NGO das Bild der Zivilgesellschaft prägt.